

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Stellv. Pressesprecher
Dr. Jörg Nickel

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0178/28 49 591

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 395.10 / 08.07.2011

Gemeinsames Universitätsklinikum erhalten

Zu der Veröffentlichung des Gutachtens des Wissenschaftsrates zum UKSH erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Dr. Andreas Tietze**:

Nach Ansicht von Wirtschaftsminister de Jager soll die heute vorgestellte Expertise des Wissenschaftsrates die Dauer-Diskussion um die Struktur des UKSH beenden. Genau das Gegenteil wird aber der Fall sein. Der Bericht wird die Debatte um eine Defusionierung erst richtig anheizen, die Standorte Kiel und Lübeck werden gegeneinander in Stellung gebracht. Die Privatisierung profitabler Filetstücke wird deutlich erleichtert, während das Land für die kostenträchtigen Ausbildungs- und Forschungsaktivitäten weiterhin aufkommen muss.

Der Wissenschaftsrat sieht vorrangig aus einer Wissenschaftsperspektive auf das UKSH. Der betriebswirtschaftliche Blick auf das Gesamtunternehmen, welches sich auf einem hoch regulierten Gesundheitsmarkt behaupten muss, fehlt. Es bleibt unverständlich, wie die Gutachter zu so weitreichenden Empfehlungen kommen, obwohl sie sich nur zwei Stunden vor Ort mit der Krankenversorgung befasst haben. Wir Grünen halten die vorgeschlagene Defusionierung für den falschen Weg. Eine Gesamtlösung wird durch die erneute Trennung der Unikliniken von Lübeck und Kiel erschwert. Synergie- und Effizienzgewinne gehen verloren, der UKSH-Vorstand spricht von 20 Millionen Euro jährlich.

Es gibt aber auch Positives. Es fehlt bis heute eine saubere Trennungskostenrechnung, z.B. bei den Hochschulambulanzen. Dieses Versagen ist aber nicht dem UKSH anzulasten, hier hat Minister de Jager seine Hausaufgaben nicht gemacht. Seit Jahren fordern meine Fraktion und der Landesrechnungshof genau diese Trennungskostenrechnung. Es darf nicht sein, dass mit Forschungsmitteln dauerhaft die Krankenversorgung subventioniert wird.

Kritisch sehen wir ebenfalls den fehlenden Umsetzungserfolg des Exzellenzclusters „Entzündungen an Grenzflächen“ in der konkreten Krankenversorgung. Die Forschungsergebnisse müssen schneller in die Anwendung für die PatientInnen kommen.
